

## Medienmitteilung

## Minarett-Initiative

Thema	NR Debatte um Minarett-Initiative
Für Rückfragen	Thomas Weibel, Mobil 078 602 13 57
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	4. März 2009

### Grünliberale klar gegen die Minarett-Initiative

Die Grünliberalen lehnen die Minarett-Initiative klar ab. Die Initiative will grundlegende Elemente unseres toleranten, liberalen, demokratischen Staates aushebeln. Werte wie die Rechtsgleichheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, aber auch unsere internationale Glaubwürdigkeit sind dadurch gefährdet.

Da die Initiative zustande gekommen ist, entspricht es aber unserem direktdemokratischen System, dass das Volk das Recht hat, darüber zu befinden.

Bisher hat der Bau von Minaretten zu keinen Problemen geführt. Minarette zeigen die liberale Handhabung der Religionsfreiheit. Ein Minarett ist ein Bauwerk wie jedes andere, über dessen Bau in einem ordentlichen baurechtlichen Verfahren beschlossen werden soll.

Die Grünliberalen wollen in einem Dialog mit anderen Kulturen und Religionen gegenseitiges Verständnis wecken, aber auch unsere zentralen Werte vermitteln und die Integration fördern. Mit einem Minarettverbot würde hingegen Ausgrenzung betrieben und unser liberales Staatsgefüge untergraben.

Die Grünliberalen sind stolz auf unser direktdemokratisches System, wir sind stolz darauf in einem Land zu leben, in dem eine solche Mitbestimmungsmöglichkeit für die Bevölkerung besteht. Ein Minarett ist ein Bauwerk wie jedes andere, über dessen Bau in einem ordentlichen baurechtlichen Verfahren beschlossen werden soll.

Die Minarett-Initiative will grundlegende Errungenschaften unseres toleranten, liberalen, demokratischen Staates aushebeln. Werte wie die Rechtsgleichheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, aber auch die Eigentumsgarantie oder den Grundsatz der Verhältnismässigkeit werden dadurch gefährdet.

Die Schweiz würde in ihrem Engagement gegen religiöse Diskriminierungen auf der Welt und in ihrem Engagement für die Menschenrechte unglaubwürdig. Ganz abgesehen von den möglichen Folgen für die Sicherheit der Schweiz, wenn sie international als islamophob wahrgenommen würde.

Konkret würde eine Annahme der Minarettinitiative gegen verschiedene internationale Abkommen wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen: gegen Art. 9 (also gegen die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit), gegen Art. 14 (gegen das Diskriminierungsverbot) oder auch gegen den UNO Pakt II.

Es gäbe also auch gute Argumente, um die Volksinitiative für ungültig zu erklären. Trotz dieser Argumente sind die Grünliberalen der Meinung, dass insgesamt die Voraussetzungen für eine Gültigkeitserklärung der Initiative gegeben sind. Die Initiative verstösst nicht gegen zwingendes Völkerrecht. Da die Initiative zustande gekommen ist, entspricht es unserem direkt-demokratischen System, dass das Volk das Recht hat, darüber zu befinden.